

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilbündstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 19. August 1931

Nummer 66

Tagung der graphischen Internationalen

Im Hause des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Berlin wurden am 12. und 13. August im Zusammenhang mit besonderen Beratungen der drei internationalen Sekretariatskommissionen der Buchbinder, Lithographen und Steindrucker sowie der Buchdrucker über eigne Organisationsfragen gemeinsame Sitzungen der drei Internationalen der graphischen Arbeiterschaft mit Vertretern von graphischen Organisationen Englands abgehalten, die den Anschluß der noch außerhalb der internationalen Verbindungen stehenden Arbeiterorganisationen des graphischen Gewerbes Großbritanniens zum Ziele hatten. Verhandlungsteilnehmer waren C. W. Bowerman (Präsident) und H. E. Holmes (Generalsekretär) des Bundes (Federation) der Buchdrucker und verwandten Berufe Großbritanniens, der Generalsekretär der Londoner Sehergesellschaft T. E. Naylor, W. Blunfett (Präsident) und G. V. Jaacs (Generalsekretär) des Nationalverbandes der englischen Buchdruckerhilfsarbeiter, R. Kneale (Generalsekretär) der englischen Lithographen- und Steindruckerorganisation, G. Garraway (Präsident) und T. G. Newland (Generalsekretär) der Nationalen Union der Buchdrucker, Buchbinder, Linierer und Papierarbeiter; als Vertreter des Internationalen Buchdruckerssekretariats J. Schlumpp (Präsident), D. Galli, H. Huber, F. Kilchenmann, Otto Krauß (Deutschland), F. Lionon (Frankreich), W. Nemecek (Tschschoslowatei), A. Schäfer (Schweiz), F. van der Wal (Holland), R. Wessel (Schweden) und H. Grundbacher (Sekretär); für den Internationalen Bund der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe J. Haß (Präsident), H. Geerling und H. Lindemann; für die Internationale Buchbinder-Föderation: E. Haus-eisen (Präsident), R. Eriksen, L. Grünfeld, S. Koch, E. Spycher, J. v. Staeyn und S. Hochstrasser (Sekretär).

Der Präsident der internationalen Buchdruckerssekretariatskommission Schlumpp eröffnete die

Verhandlungen mit einer herzlichen Begrüßung und sprach die Erwartung aus, daß die Verhandlungen mit den englischen Kollegen endlich zu dem schon seit vielen Jahrzehnten erstrebten Anschluß der englischen Berufsorganisationen an die bestehenden Internationalen führen würden. Im Namen der vier deutschen graphischen Verbände begrüßte hierauf unser Verbandsvorsitzender Krauß alle Teilnehmer. Er wies auf die gegenwärtige ernste wirtschaftliche und politische Lage in internationalem Ausmaße hin, unter deren Druck am meisten die großen Massen der Arbeiterschaft leiden, weshalb es auch Aufgabe dieser Beratungen sei, die Widerstandskräfte der Arbeiterschaft durch noch engeren Zusammenschluß auf internationaler Grundlage zu stärken. Kollegiale Dankesworte richtete er insbesondere an den Nestor der englischen Delegation, den Kollegen Bowerman, der es trotz seiner 80 Jahre als seine Pflicht betrachtet habe, seine reiche Erfahrung in den Dienst unserer gemeinsamen Aufgaben zu stellen. An diese Begrüßung schloß sich eine Besichtigung unseres Verbandshauses und seiner Einrichtungen, die auf alle ausländischen Vertreter einen tiefen Eindruck machte.

Hierauf wurde in den sachlichen Teil der Beratungen eingetreten. Der Sekretär des Internationalen Buchdruckerssekretariats Grundbacher gab zunächst eine kurze Darstellung der von seinem Sekretariat gemachten Bemühungen, diese Konferenz zustande zu bringen. Es sei alles vermieden worden, was nicht im Sinne einer im Dezember vorigen Jahres in London gepflogenen Aussprache gewesen wäre. Es sei bekannt, daß mangels einer tragfähigen Zusammenfassung aller englischen Organisationen in einer Zentralorganisation ein gemeinsamer Anschluß an die bestehenden Internationalen zwar erschwert sei, daß dies aber den einzelnen Organisationen möglich wäre. Über diese letzteren Möglichkeiten sollte nun eine Besprechung mit den englischen Kollegen Klarheit schaffen; wobei besonderes Entgegenkommen bezüglich der Anschlußbedingungen nicht ausgeschlossen sein soll. Schon

früher gab es Ausnahmemöglichkeiten in der Beitragsfrage nach einzelnen Wäutungen und auf der Lohn-grundlage, während gegenwärtig der Jahresbeitrag pro Mitglied (unter Ausfall der arbeitslosen Mitglieder) nur 25 Ct. nach Schweizer Währung beträgt. Die englischen Kollegen wurden nun erlucht, mit aller Deutlichkeit zu erklären, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit wären, den Anschluß an die Internationalen der graphischen Arbeiterschaft zu vollziehen.

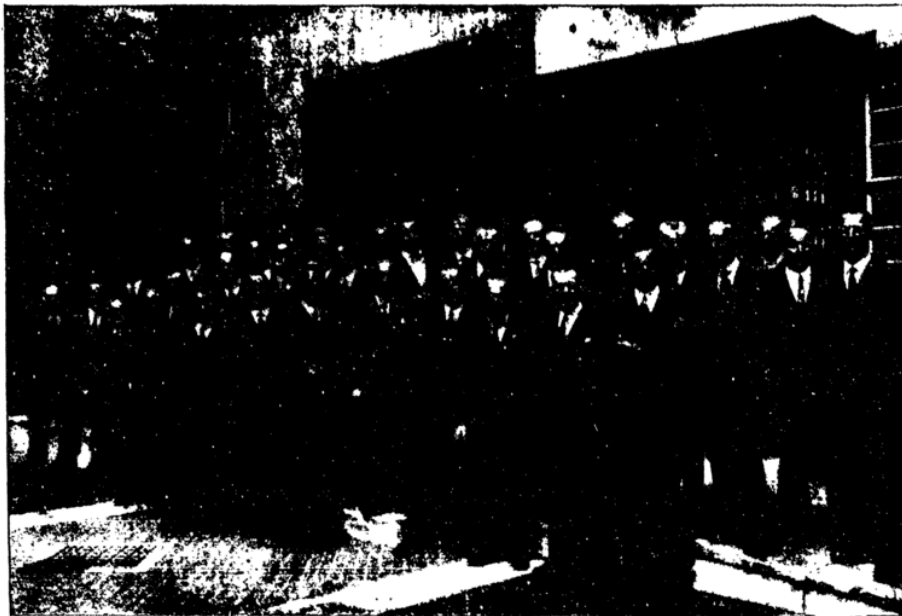
Der Sekretär der Internationalen Buchbinder-Föderation Hochstrasser leitete hierauf zunächst mit, daß sich die englischen Buchbinderkollegen bereits schriftlich zum Anschluß an ihre Berufsinternationalen gemeldet hätten; es seien nur noch einige Punkte in der Beitragsfrage zu regeln, was jedoch keine besonderen Schwierigkeiten mehr machen würde. Er fügte dieser Mitteilung, die mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, noch den Wunsch hinzu, daß sich die englischen Buchdrucker diesem Beispiel anschließen möchten.

Nach freundlichen Dankesworten des Alterspräsidenten des Bundes der Buchdrucker und verwandten Berufe Großbritanniens Bowerman für die ihm gewidmete persönliche Begrüßung, die er mit einer besonderen Anerkennung der vorbildlichen Leistungen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker verknüpfte, gab der Generalsekretär des genannten Bundes Holmes zur Sache selbst eine Erklärung ab, wonach die englischen Buchdruckerorganisationen leider immer noch nicht in der Lage seien, den gewünschten Beitritt zur Internationale der Buchdrucker zu vollziehen. Nicht nur ihre verschiedenenartigen Organisationsverhältnisse und zersplitterungen seien wenig dazu geeignet, viel schwerer und hemmender falle die grundsätzliche Beurteilung internationaler Beziehungen seitens der Mitglieder der englischen Buchdruckerorganisationen ins Gewicht. Das Interesse der englischen Kollegen für die Kollegen-schaft auf dem Kontinent sei zwar nicht geringer als umgekehrt; aber es stehe seiner Organi-

Vertretene Organisationen und Teilnehmer der Tagung der drei graphischen Internationalen am 12. und 13. August 1931 in Berlin: Printing and Kindred Trades Federation of Great Britain. London Society of Compositors. National Society of Operative Printers and Assistants. Society of Litho., Artists, Designers, Engravers, and Process Workers. National Union of Printing, Bookbinding, Machine Ruling, and Paper Workers. Internationales Buchdrucker-Sekretariat. Internationaler Bund der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Internationale Buchbinder-Föderation.

Personen:

Untere Reihe von links nach rechts: Barth (Bdr.), Deutschland, Huber (Bdr.), Schweiz, Wessel (Bdr.), Schweden, Bowermann (Bdr.), England, Grundbacher (Bdr.), Schweiz, Schlumpf (Bdr.), Schweiz, Holmes (Bdr.) England,



Haß (L.), Deutschland, Haus-eisen (Bb.), Deutschl., Krautz (Bdr.), Deutschland, Lionon (Bdr.), Frankreich, Isaacs (H.), England, Plunkett (H.), England, Nemecek (Bdr.), Tschechoslowakei.

Obere Reihe von links nach rechts: Hochstrasser (Bb.), Schweiz, Schweinitz (Bdr.), Deutschland, Grünfeld (Bb.), Österreich, Pucher (H.), Deutschland, Lindemann (L.), Holland, Schäfer (Bdr.), Schweiz, Geerling (L.), Holland, v. Staeyn, (Bb.) Belgien, Hornke (H.), Deutschland, Galli (Bdr.), Schweiz, Garraway (Bb.), England, van der Wal (Bdr.), Holland, Kneale (L.), England, Newland (Bb.), England, Riemensperger (Übersetzer), Deutschland, Koch (Bb.), Schweiz, Naylor (Bdr.), England, Eriksen (Bb.), Dänemark, Spycher (Bb.), Schweiz, Kilchenmann (Bdr.), Schweiz.

sation nicht das Recht zu, in der vorliegenden Frage eine Entscheidung zu treffen. Die grundsätzlichen und organisatorischen Schwierigkeiten auf englischer Seite wären vielleicht leichter zu überwinden, wenn statt der jetzt bestehenden drei Internationalen der Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes nur eine vorhanden wäre. Einer Verhandlung mit den einzelnen Verbänden stehe er nicht ablehnend gegenüber, er habe sogar die Adressen dazu zur Verfügung gestellt. Er begrüße den Anschluß der Buchbinder. Aber dadurch werde der Anschluß anderer Organisationen nicht gefördert. Gern würde er es sehen, wenn auch die amerikanischen Kollegen zum Anschluß gebracht werden könnten. Auf die dann folgende Frage des Verhandlungsleiters, ob der Vorkreditor für alle englischen Vertreter gesprochen hätte, wurde festgestellt, daß jeder anwesende Vertreter der englischen Kollegen das Recht habe, seinen Standpunkt zu vertreten.

Der Generalsekretär des englischen Hilfsarbeiterverbandes *J. S. A. C. S.*, der gleichfalls der englischen Föderation angeschlossen ist und Mitglieder aus allen graphischen Gruppen hat, äußerte dann ebenfalls Bedenken wegen der Schwierigkeit hinsichtlich dreier Internationalen, zu denen sein Verband aus Gründen seiner Mitgliedergruppierung gehören müßte. Doch habe die im Gang befindliche Beitragsvereinbarung für alle drei Internationalen für seine Organisationen die Möglichkeit des Beitritts wesentlich erleichtert. Er werde sich daher bemühen, für den Anschluß seines Verbandes zu wirken. Hätte er schon vorher Kenntnis von dem Einheitsbeitrag gehabt, dann hätte er jetzt schon den Anschluß für die Buchdruckereihilarbeiter anmelden können, was jedoch nun bestimmt im nächsten Jahr geschehen wird, und zwar in der Hoffnung, daß später eine gemeinsame Internationale geschaffen werden kann.

Am zweiten Verhandlungstage sprach als erster Redner der englischen Delegierten der Generalsekretär der Nationalen Union *G. A. R. R. A. W. A. Y.* und betonte, daß für den definitiven Anschluß der englischen Buchbinderarbeit, der übrigens kein Neuananschluß, sondern ein Wiederanschluß sei, durchaus keine Schwierigkeiten vorhanden wären, so daß ab 1932 der Anschluß perfekt würde. Da jedoch seiner Organisation nicht nur Buchbinder, sondern auch Buchdrucker und Arbeiter der Papierherstellung angehören (in London allein 2000 Buchdrucker in Kleinbetrieben), so könne er wegen des Kostenpunktes für diese den Anschluß nicht zusagen. In England gebe es mehr kleine Arbeiterorganisationen als in jedem anderen Lande; aber es gebe auch einen alle umfassenden Bund, der für alle Gruppen entsprechende Verhandlungen führen kann. Er könne deshalb nicht einsehen, warum ein solcher Bund nicht auch auf internationaler Grundlage durch Verbindung aller drei Internationalen der graphischen Arbeiterschaft geschaffen werden könnte. Nach seiner Meinung hätten die Verhandlungen in London im Dezember vorigen Jahres schon den Zweck gehabt, eine einheitliche Internationale zu schaffen. Ihm folgte als nächster Redner der Generalsekretär der Londoner Sehergesellschaft *N. A. Y. O. R.*, die nur eine kleine Organisation sei und noch mit anderen Seherorganisationen in London zu rechnen habe; daneben gebe es auch noch eine nationale Buchdruckerorganisation, die in London ebenfalls viele Mitglieder habe. Es werde noch großer Erziehungsarbeit an den Mitgliedern der Londoner Sehergesellschaft bedürfen, ehe diese von der Notwendigkeit internationaler Zusammengehörigkeit überzeugt seien. Als Gewerkschaftler frage seine Mitglieder erst nach dem Nutzen einer Sache, für die sie Beiträge zahlen sollen. Nach seiner Ansicht sollten internationale Verbindungen der Arbeiterschaft nur von Landesverbänden gebildet sein; daher besteshe im Augenblick auch keine Aussicht dafür, daß sich seine Organisation einer internationalen Verbindung anschließen würde.

Nachdem hiermit alle englischen Delegierten ihre Erklärungen abgegeben hatten, wurde in die Aussprache darüber eingetreten. Der Vertreter des französischen Buchdruckerverbandes *V. I. O. S. O. N.* bezeichnete die Bedenken der englischen Kollegen, soweit sie finanzieller Natur waren, als nicht so schwerwiegend. Je mehr Mitglieder der Internationale angehören, desto niedriger könnten die Beiträge festgesetzt werden. Auch die internen Gründe bezeichnete er als sekundär. Da die englischen Redner insgesamt bedauert hätten, daß es drei Internationalen für die graphische Arbeiterschaft gäbe, stellte er ihnen die konkrete Frage, ob sie ihren Anschluß vollziehen würden, wenn morgen alle drei Internationalen zu einer einzigen vereinigt würden? Nach einer kurzen Erklärung der organisatorischen Zusammenfassung der Buchdruckerinternationalen nach Industrieverbänden und Berufsverbänden und der Feststellung, daß nach den Vorschriften des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzelnen Organisationen innerhalb eines Landes zuerst national verbunden sein sollen, ehe sie sich international verbinden

können, beantwortete der Generalsekretär der Buchdrucker-Föderation Großbritanniens *S. O. L. M. E. S.* die Frage des französischen Vertreters zunächst in dem Sinne, daß für den Fall, daß nur eine Internationale in Frage käme, der Anschluß der englischen Organisationen zwar selbstverständlich wäre, aber diese Erklärung schränkte er sofort ein, indem er sagte, diese Organisation erhalte von den ihr angeschlossenen Verbänden oder Vereinigungen so niedrige Beiträge, daß seine Organisation die Beiträge für die Internationale nicht tragen könne, diese vielmehr von den einzelnen Verbänden besonders zu leisten wären. Theoretisch wären sie also zum Anschluß bereit und hätten nichts dagegen, wenn die einzelnen englischen Organisationen sich den betreffenden Internationalen anschließen würden; aber — darüber habe jede einzelne Organisation selbständig zu entscheiden.

Diesen Erklärungen der englischen Vertreter stellte der Vorsitzende unseres Verbandes *K. R. A. U. Z.* die Auffassung der deutschen graphischen Organisationsvertreter im allgemeinen wie folgt gegenüber: Der Standpunkt der englischen Kollegen bedeutet für uns eine starke Enttäuschung, namentlich soweit die Buchdrucker in Frage kommen. Daß die Organisationsformen der englischen Buchdrucker auf die Dauer ein starkes Hindernis für den internationalen Anschluß wären, könne nicht stichhaltig sein. Auch der Graphische Bund in Deutschland ist nur eine lose Kartellorganisation der vier graphischen Zentralverbände, die aber trotzdem in enger Zusammenarbeit gemeinsam berührende Fragen in möglichst einheitlicher Weise zu lösen versucht. Auch diese Organisation erhält keine besonderen Beiträge von den Zentralverbänden. Der Graphische Bund in Deutschland hat also ungefähr die gleiche Form wie die englische Nationalorganisation. Die englischen Arbeiterorganisationen waren einmal vorbildlich, aber sie scheinen auf einem Stand geblieben zu sein, den wir in Deutschland gegen Ende des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen hatten. Die kleinen örtlichen und regionalen Organisationen bestehen heute in Deutschland nicht mehr; alle diese Zwittergebilde sind verschwunden. Auch der Gedanke, alle vier großen graphischen Zentralorganisationen in einen noch festeren Bund zusammenzufassen, wird in Deutschland schon seit über zehn Jahren erwogen und dürfte in absehbarer Zeit verwirklicht werden. Daß jetzt und hier die drei graphischen Internationalen zusammen verhandeln, beweist, daß der föderative Gedanke auch in den Internationalen lebendig ist. Daher könnte die Zusammenfassung der englischen graphischen Organisationen kein Hindernis ihres Anschlusses an die Internationalen sein. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwinden zu werden. Schon im Jahre 1912 haben die Vertreter der englischen Buchdrucker auf dem internationalen Buchdruckerkongress in Stuttgart verprochen, den Gedanken des internationalen Anschlusses mit allen Kräften zu fördern; aber sie hatten damals noch mit 26 Organisationen der graphischen Arbeiterschaft zu rechnen; heute, nach beinahe zwanzig Jahren, sollen es immer noch 17 sein. Es scheint also auf diesem Gebiete sehr wenig möglich gewesen zu sein. Das soll kein Vorwurf für die englischen Kollegen sein. Denn jede Zeit hat ihre Entwicklung und ihre Gesichte. Besser würde es allerdings sein, wenn nur die föderativen (verbündeten) englischen Organisationen den Anschluß betreiben und dadurch die einzelnen Organisationen dafür gewonnen werden. Es muß und wird Auswege aus diesen verwickelten Verhältnissen geben. Auf Unternehmerseite sind ähnliche Hindernisse schon überwunden. Denn an der Internationale der Buchdruckereibesitzer sind gerade die englischen, deutschen und französischen Unternehmer führend beteiligt. Diese Prinzipalsinternationale beschäftigt sich nicht nur mit fachtechnischen oder kaufmännischen Fragen, sie verfolgt auch den Zweck, die Realloöhne zu beeinflussen. Diese stärkere Kongressierung der Kräfte im Unternehmerlager auf internationaler Basis sollte auch von den englischen Buchdruckern ernsthaft beachtet werden. Die gewünschte engere Verbindung der drei graphischen Internationalen wird davon abhängig sein, wie weit die Einigkeit in den einzelnen Ländern gegeben ist. Deshalb wäre es zu begrüßen, wenn die englischen Kollegen bestimmtere Erklärungen abgeben könnten, andernfalls wäre nur der gleiche negative Ausgang der Verhandlungen zu erwarten wie vor zwanzig Jahren. Dies wäre um so bedauerlicher, als angesichts der immer stärker werdenden Zusammenarbeit des internationalen Kapitalismus eine gleichwertige Macht auf Arbeitersseite immer notwendiger wird.

Nachdem auf eine diesbezügliche Frage des Vertreters des französischen Verbandes *V. I. O. S. O. N.* festgestellt war, daß die einzelnen englischen Organisationen dem englischen Gewerkschaftsbund nicht über eine zentrale Landesorganisation, sondern direkt angeschlossen sind, und auf die weitere Frage, weshalb dann die einzelnen englischen Organisationen nicht in der

gleichen Weise der Internationale angeschlossen werden könnten, gab der Generalsekretär der nationalen Föderation *S. O. L. M. E. S.* dem Sinne nach folgende Erklärung ab: Fundamentale organisatorische Probleme können nicht durch Diskussionen in internationalen Kreisen gelöst werden. Genau so wie die einzelnen Organisationen in England sich selbständig dem Gewerkschaftsbund anschließen können, ist dies auch bezüglich der Internationalen möglich. Daß es in England so viele und kleine Organisationen gibt, ist kein Grund dafür, daß man sie nicht gleich ernst wie große Organisationen nehmen würde. Auch kleine Organisationen können gute Arbeit leisten. Aber wenn wir den englischen Gewerkschaften sagen, ihr müßt eure ganzen Gewerkschaften in den Schmelztiegel werfen und anders und besser organisieren, dann hat das nur einen Sinn, wenn eine Garantie dafür gegeben ist, daß eine so gewaltige Aktion auch ein besseres Resultat als bisher hat. Das Mißtrauen der kleineren Organisationen gegenüber den empfohlenen größeren Verbänden stützt sich in England darauf, daß die kleineren Verbände noch keine schlechteren Resultate erreicht hätten als die größeren Verbände in anderen Ländern. So überlege sich das einzelne Mitglied alle Risiken einer Umstellung seiner Organisation. Außerdem würde jedes Gewerkschaftsmitglied in England direkt fragen: Ja, wenn wir uns anders organisieren, werden dann die Vorteile auf dem Lohn- und Arbeitszeitgebiet sowie der übrigen Arbeitsbedingungen größer sein? Direkt solche Dinge werden sie fragen, und wir werden nicht imstande sein, ihnen die Gewißheit zu geben, daß es besser sein würde. Den Pessimismus des Kollegen *Krauß* teile er nicht. Denn seit den vorjährigen Verhandlungen in London bis jetzt sei schon der Anschluß von zwei Organisationen erfolgt. Das sei eigentlich ein ganz schönes Resultat in verhältnismäßig kurzer Zeit. Aber sie seien damit ebenfalls noch nicht zufrieden. Man müsse eben bedenken, daß eine solche Sache in England nicht ohne Urabstimmung in den einzelnen Organisationen durchführbar sei. Und bei solchen Abstimmungen gehen die Entscheidungen im allgemeinen nicht über finanzielle Erwägungen hinaus. Die Kollegen sagen, es kostet Geld und was bekommen wir dafür? Daß der Zusammenschluß der Buchdrucker in England noch nötiger sei als der internationale Anschluß zeigt nur, daß es zwei große Schwierigkeiten gibt, die eine im Inland selbst und die andere nach dem Ausland. Seit 1912 ist in England viel getan worden, um die Zahl der Organisationen zu verringern. Aber es gibt Schwierigkeiten traditioneller Art, und das sind meistens die größten, mit denen wir in England zu kämpfen haben. Aber alles dies wird doch nicht verhindern, daß eine bessere Organisationsform erstrebt wird. Nur muß dies in England auch dem letzten Mitglied klargemacht werden. Um übrigen glaube er, daß die Debatte Klarheit in vielen Dingen geschaffen habe. Sie möchten den Kollegen anderer Länder nichts aufzwingen. Sie verlangen nicht, daß von heute auf morgen die drei Internationalen zu einer verbunden werden; aber man könne auch von ihnen nicht verlangen, daß sie ihre eignen Schwierigkeiten unbeachtet lassen. Sie haben angenommen, daß vielleicht eine internationale Kommission gebildet werden könnte, die sich der weiteren Erörterung aller Einzelfragen widmen sollte. Er möchte in diesem Sinne alles tun, was er kann. Und daß nur zwei Verbände sich zum Anschluß entschlossen haben, sei zwar wenig, aber dieses Wenige geben sie vor ganzem Herzen.

Nach dieser abschließenden Erklärung von englischer Seite wies der Präsident der nationalen Föderation Großbritanniens *B. O. W. E. R. M. A. N. N.* noch darauf hin, daß seit dem Stuttgarter Kongress von 1912 doch auch in England schon mancherlei getan wurde, um dem auf der damaligen Tagung erörterten Ziele näher zu kommen. Die Zahl der Organisationen in England ist schon wesentlich verringert worden. Auch die englische Hilfsarbeiterorganisation steht zur Zeit in Fusionsverhandlungen mit anderen Verbänden. Auch die ebenso berüchtigte „berühmte“ Londoner Sehergesellschaft habe schon mehrfach Verhandlungen gehabt, um sich mit der *Proving*organisation zu verbinden; aber das Resultat ist bisher leider immer noch kein günstiges gewesen. Aus 26 Organisationen sind bisher 17 geworden. Und so werde auch in Zukunft in England im Sinne der Stuttgarter Besprechungen weitergearbeitet werden.

Der Präsident des Internationalen Buchdruckersekretariats und Leiter der Verhandlungen *Schlumpf* faßte hierauf das Ergebnis der Verhandlungen wie folgt zusammen: Ich habe die Überzeugung, daß die Aussprache ihre guten Früchte zeitigen wird. Das gegenseitige Vertrauen ist gestärkt worden. In bezug auf den Anschluß der englischen Kollegen bin ich von vornherein nicht mit geschwollenen Segeln hieher gekommen; aber ich habe doch geglaubt, daß wir einen Schritt weiterkommen würden. Vor dreißig Jahren

habe ich zum erstenmal an einem internationalen Buchdruckerkongreß teilgenommen und seither auf jedem die Ehre gehabt, mitzuarbeiten. Schon im Jahre 1912 haben die englischen Kollegen in Aussicht gestellt, auf dem nächsten Kongreß nicht mehr nur als Gäste, sondern als Delegierte anwesend zu sein. Heute, nach zwanzig Jahren, sind wir noch nicht so weit. Das ist eine Enttäuschung. Organisatorische Hindernisse sind nur künstliche Hindernisse, die die Arbeiterchaft bei gutem Willen zu beseitigen imstande ist. Es kommt eine höhere Organisationsform und die internationale Zusammenarbeit in Betracht. Man kann sich, wenn man ernstlich will, auch in der gegenwärtigen Organisationsform international verbinden. Das beweisen die Lithographen und die Buchbinder; auch der Vertreter der englischen Hilfsarbeiter hat erklärt, daß für seine Organisation die Möglichkeit des Anschlusses gegeben ist. Das sind Lichtblicke. Was in Worten bis jetzt nicht gescheit sein konnte, weil wir an Traditionen denken müssen, das wird die Zeit und die Entwicklung uns aufzuzeigen. Die Unternehmer schließen sich überall international zusammen. Das ist ein Fingerzeig für uns, ob wir wollen oder nicht. Es sind vor, während und nach dem Kriege große Dinge geschehen, die wir vorher als unmöglich beurteilt haben. Wir haben uns den Verhältnissen fügen müssen. Das wird auch in Zukunft auf internationaler Basis der Fall sein. Deshalb gehen wir auch nicht bitteren Herzens auseinander. Die Aussprache hat Klarheit in vielen Dingen geschaffen, und wenn auf beiden Seiten die entsprechenden Maßnahmen daraus gezogen werden, dann ist die Tagung nicht umsonst gewesen. Ich danke den englischen Kollegen für ihre Offenherzigkeit und Mitarbeit. Ich knüpfe daran die begründete Hoffnung, daß es nicht das letzte Mal sein wird, daß wir zusammen beraten haben, wie wir uns näherkommen können. Man wird nachdenken und die Verhältnisse der anderen Länder zu verstehen suchen. Man wird sich überlegen, ob die Schwierigkeiten wirklich so groß sind, daß wir keine Brücke zwischen dem Kontinent und unsern englischen Kollegen bauen könnten!

Nach kurzen herzlichsten gegenseitigen Abschiedsworten wurde die Tagung geschlossen in der Gewißheit, daß trotzallem eine Vertiefung der internationalen gewerkschaftlichen Front der graphischen Arbeiterchaft erreicht worden ist. Sind auch daran unsere englischen Kollegen leider immer noch nicht direkt beteiligt, so dürfte ihren Vertretern die offene Aussprache auf dieser Tagung doch zum Bewußtsein gebracht haben, daß auch sie sich auf die Dauer einer engeren Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe auf internationaler gewerkschaftlicher Grundlage nicht mehr werden entziehen können. Von einer besonderen Stellungnahme zum Verlauf und Ergebnis dieser Tagung nehmen wir aus raum- und zeitbedingten Gründen Abstand. — Aber die Ergebnisse der mit dieser Tagung verbundenen Sonderberatungen der Erweiterten Sekretariatskommission usw. wird noch ein besonderer Bericht des internationalen Sekretärs abzuwarten sein.

Bundesausschussfugung des DGB.

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses diente, der am 31. August in Frankfurt a. M. seine Tagung beginnen wird.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipzigart vom dem Ergebnis des preussischen Volksentscheides aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden, denn das Ergebnis des Volksentscheides zeigt klar, daß der weitaus überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennt. Die Entschcheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschlossenes Handeln. Die Gewerkschaften erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen Staats- und gesellschaftsgefährdenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr freches Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterchaft aus dem gesinnungslosen Verhalten der Kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahrung gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterchaft anbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschaftler, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der Kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wieder herzustellen. Die Ausführungen Leipzigarts, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einmütige Zustimmung des Bundesausschusses.

Dann erfaßte Leipzigart den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rat gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken herbeigehe, aber keineswegs dafür georgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften halten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit größter Entschiedenheit dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden wertaktiven Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Im besonderen ging Leipzigart dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Leihar-

bingordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Fachausschusses für die Gewerkschaftspresse, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Verstand der Mäpfer. Die Gewerkschaftspresse erreicht einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschaltet oder ungenügend berücksichtigt. Der Fachausschuß wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuß beschäftigte sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdiensts. Infolge der Bedeutsamkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlusfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhindern, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterchaft ergeben.

Zum Gewerkschaftskongreß teilte Leipzigart mit, daß der Bundesvorstand beschloffen hat, den Kongreß zu einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongressen zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordert es, dem Gewerkschaftskongreß dieses Gepräge zu geben. An einem Tage wird der Kongreß eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Die zum Kongreß geladenen Referenten haben dem Bundesvorstand Entwürfe für Entschlüsse zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung unterbreitet. Die Entwürfe liegen dem Bundesausschuß vor. Mit ihrer weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit den Referenten wird der Bundesvorstand beauftragt. Die Verbände werden Vorschläge zur Abänderung der Entwürfe schriftlich einreichen.

Macht ein Ende?

Im „Korr.“ Nr. 65 vom 15. August 1931 hat ein arbeitsloser Kollege aus Liegnitz den begründeten Ausruf „Arbeit für alle“ ausgesprochen. Folgendes zur Ergänzung.

Wir Arbeitslosen müssen tragen und dulden, was die letzte Notverordnung Brüning über uns verhängte. Auf dem „Papier“ ist von maßgebenden Stellen Sturm geblasen worden. Brüning versprach, im August mit den politischen Arbeitverretern Milderungen in der Ausführung der Notverordnung zu besprechen. Aber, Kollegen, alles auf dem Papier! Aber auch alles schon überholt. Mulert, der Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages, erklärte: Die Forderungen sind für uns untragbar. Dann weiter, Brüning's Pläne zur deutschen Selbsthilfe. Abstrich! Erparnisse! Wöhne sollen gekürzt werden, wenn es sein muß auf dem Wege der Notverordnung mit eventuell scharfen Eingriffen. „Reform“ (!) bei den Sozialversicherungen. Das ist, was Brüning in den kommenden Tagen bringen will.

Soll da wieder nur auf dem „Papier“ protestiert werden? Sollen wir Arbeitslosen — aber auch die Arbeitenden — papierprotestierend alles still hinnehmen? Nein! Und abermals nein! Schluß mit der Belastung der

Die Presse ja — ihre Vertreter nein!

Der die Sandlung: Generalversammlung des Deutschen Bank-Kongresses.

Mitwirkende: Die Generaldirektoren aller Banken. „Ich bin also der Meinung, daß bei solchen Beratungen, wie wir sie jetzt haben, diejenigen Herren unserer Konzerne, die die öffentliche Propaganda betreiben oder die Presse bearbeiten, die also auf die Stimmung des Publikums wirken sollen, stets zu unsern Erörterungen hinzugezogen werden müssen, damit sie vollkommen informiert sind.“

Diese selbstverständlichen Worte sprach der Generalvertreter einer Körperschaft, die dem öffentlichen Leben nahestand. Die anwesenden Korpsphären der Geldherrscher schauten prüfend einander an. Gewiß, sie haben es ja ganz gern, wenn die Publikumsmeinung von Kopf bis zu den Füßen immer mit ihren Ideen liebäugelt und ihren genialen Leistungen schmeichelt. Aber diese Artikelfreiber selbst hier zu haben, damit sie in alle Interneta eingeweiht werden? „Was denn, wagt denn?“ — lieber sollen sie selbst mal eine Dummheit verzapfen, als hier immer zuzuhören. Es entstand jetzt eine jener Pausen, in denen große Menschen schöne Gedanken gebären. Du meinst, das Gehirn von fleischigen Leuten knaden zu hören, du fühlst, wie Wirrn aus der Zwitterbrille aufgerollt wird. Dann meldete sich der Vertreter der größten Bank zum Wort.

„Ich bin für radikale Abschnehung! Nein, das geht doch nicht. Wer soll denn die Kosten für solche Beteiligung zahlen? Da wir doch im Jahr mindestens sechs bis siebenmal zusammenkommen, kämen ja Spesen heraus von — na, warten Sie mal, je Tag müßten wir doch anstandslos halber zehn Mark zahlen — von mindestens achtzig bis hundert Mark. (Große Bewegung.) Meine Herren!“ — die Stimme zitterte vor innerer Ergreiftheit — „so geht das nicht. Sparen ist das Gebot der Stunde.“

Jemand rief: „Wie aber, wenn durch das Nicht-im-Bildein der verantwortlichen Herren Situationen entstehen,

die uns Tausende um Tausende kosten, die sogar unsere moralische Substanz angreifen können?“

„Ach was, Unfinn. Wenn die Intenonensels was wissen wollen, sollen sie ihre Generaldirektion fragen. Dort ist die Intelligenz, der Spirit, die wird schon wissen, was den Füllfederhalter- und Schreibmaschinenherren Not tut.“ Die Arien der Generaldirektoren hielten sich nach und nach auf.

Der Vertreter einer andern großen Bank erhob sich von seinem Klubstiel. Die Welt hielt den Atem an. Er aber sprach:

„Männer, ich finde es zum Lachen, daß hier auf einmal die Reklamenscheißen zugelassen werden sollen. Wohin kann das führen? Sagen nicht in jeder Bank Schreibmaschinen-damen? Könnten die nicht ebenjogt verlangen, sie müssen auch dabei sein (Zuruf: „Die schon eher!“), damit sie ihr Stenogramm richtig aufnehmen? (Stürmische Zustimmung und Heiterkeit.) Ja — könnte nicht schließlich auch der Portier kommen und sagen: Ich muß die Herren immer ins Haus lassen, ich habe dabei zu sein, wenn's was gibt (sich immer wiederholende Heiterkeit, Säbelstischen und Zustimmung). Wenn fällt da nicht das Wort Wilhelm Busch's ein:

Wenn wo was los, er darf nicht fehlen.
Wenn was was macht, er macht es nach
Und höchst ist kein Kleinmutsdä.

Angeheurer Beifall löstete dem Sprecher. Der Reichsbankdiskont ging nach dieser Rede am nächsten Tag von fünfzehn auf zehn Prozent zurück. Männer weinten — die einzige Dame, die anwesend war, lag sich selbst begeistert im Arm.

Aber nun trat der Generaldirektor einer Großbank von der Waterante in Aktion, der nicht in den Benefizentstammel eingestimmt hatte.

„Die Reklamenscheißen sind mit der wichtigste Teil unserer Arbeit (Zuruf: „Guter Witz!“). Wir ist es sehr ernst. Sie dürfen hier nicht fehlen. Wir wollen uns doch nicht als die alleinigenmachenden Pöpsel betrachten. (Zuruf: „hei ligit“

und „Hummel-Hummel.“) Meine sehr geehrten Mitdirektoren, unsere Reklamenscheißen sind schon bei andern Gelegenheiten wie ein Stiefkind behandelt worden. Diese Zurücksetzung der geistigen Generäle — des Gehirns gewissermaßen — ist ein Noxifera auf unserm Wappenschild, den wir rasch abputzen müssen. Sie gründlicher wir die Herren informieren, um so besser für uns eignen Ideen. Wir können auch von den Angestellten, die unsere Propaganda leiten, noch etwas lernen (Zuruf: „Sie vielleicht, wir nicht!“). Ich bin selber aus diesem ehrenwerten Stand hervorgegangen. (Zuruf: „So siehste auch aus!“) Und ich bin stolz darauf.“

(Wie wir nach Schluß der Redaktion erfahren, haben die Reklamenscheißen aller deutschen Banken beschloffen, diesen Hamburger Generaldirektor zu ihrem Ehrenmitglied zu ernennen.)

Die Generaldirektion der Süddeutschen Vereinsbank erklärte, daß die Zuziehung der Herren von der Werbeabteilung großer Anseh wäre. In was sei denn die Generaldirektion da, die habe den Geist. Alle anderen könnten hier nur abwesend sein.

So ging es noch eine ganze Weile hin und her. Einer rief: „Wir brauchen keine Propaganda, wir brauchen keine Kommajäger und Literaten, wir sind uns selbst genug.“ Zum Schluß kam man überein, diese Frage zu vertagen. In der Zwischenzeit wird festgestellt werden:

- a) Ist überhaupt Aufklärung nötig?
- b) Wenn ja, dürfen diese Propagandaabteilungen eigene Gedanken haben?
- c) Wenn ja, wie viele?
- d) Können Bankdirektionen und Pressechefe friedlich zusammen beraten? Wenn ja,
- e) warum hat man das nicht schon früher zur dauernden Einrichtung erklärt?

Wir werden über den Ausgang berichten ...

Armen der Armen! Ich behaupte, wenn unsre Führer die schärfsten gewerkschaftlichen Maßnahmen anwenden, stehen die Massen hinter ihnen. Keine Besöhnung mehr, keine Unmöglichkeitensformen, nur noch handeln!

Die Arbeiterschaft hat durch ihre Kundgebungen 1923 den Reichstagsler Cuno zur Abtretung gezwungen. Die Arbeiterschaft hat durch Generalstreik den Rapp-Busch zum Teufel gejagt. Und heute? Die damaligen Zeiten waren rosig gegen jetzt. Und da können wir nicht, da ist dieses und jenes zu bedenken, sagen die Politiker, ja, ja, teils dies, teils das. Eine neue Massenbelastung, Kürzung der Unterhaltungen für die Arbeitslosen, müßte für jeden Arbeiter, Arbeiterführer einfach undistatabel sein.

Nicht mehr schreiben, drucken, Protestverfammlungen können auch nicht helfen, sondern zur Tat schreiten! Da bringt der „Korr.“ auch noch in Nr. 65 unter „Der Arbeitslose“: „Ich will leben!“ Ein Arbeitsloser. — Millionen Arbeitslose! Sie haben Frauen und Kinder. All deren Schrei verhallt ungehört. Ja — ungehört! Von Brüning, und denen, die ihn rechts und — „jawohl!“ auch links stützen, ist das Ungehörliche eine Selbstverständlichkeit. Aber da etwas andres erwartet, ist wahrscheinlich etwas dumm!

Aber unsre Gewerkschaftsführer sollen hören, sollen ihre politischen Freunde etwas aufmuntern! Sie sollen handeln. Das ist auch eine Selbstverständlichkeit. Und dieses wird von dem Meer der Arbeitslosen immer noch erwartet.

Arbeitende Kollegen, arbeitende Gewerkschaftler, macht auch ihr Duld dahinter, dann kann kein Arbeitsloser sich verlaßen fühlen.

Sollen wir nun alle auch das Kommando einschlagen? Doch glaube ich, daß ein „Handeln“ Erledigerungen schafft!
Dresden. Willibald Helm.

Zur Arbeitszeitverkürzung

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Ohne diese werden wir aus dem heutigen Chaos nicht mehr herauskommen. Das wird nicht nur in Arbeiter-, sondern auch in andern Kreisen eingesehen. Der Kampf geht ja auch nur noch um das „Wie“. Wie kriegen wir die Arbeitszeitverkürzung und wird diese helfen? Meiner Ansicht nach wird die Einführung der 40-Stunden-Woche, auch mit Einstellungsgang, uns nicht bessern, sondern nur noch schlechteren Zeiten entgegenführen. Man muß weitergehen, um das heutige Arbeitslosenelend zu beseitigen, man muß die Wirtschaft anturbebeln!

Je mehr auf dem Warenmarkt der Absatz stotzt, desto größer wird die Arbeitslosigkeit. Je größer aber wieder die Arbeitslosigkeit wird, desto mehr geht wieder der Absatz auf dem Warenmarkt zurück. Wir treiben also einem immer größeren Elend entgegen. Wenn der Arbeiter nichts kaufen kann (infolge Arbeitslosigkeit), dann kann der Gewerbetreibende nichts verkaufen. Dieser wird nun von dem Fabrikanten bzw. Lieferanten keine neue Ware einkaufen können. Der Fabrikant hilft sich nun durch Betriebseschränkung, d. h. Arbeiterentlassungen. So wird das schon bestehende Elend ein immer größeres. Hat der Arbeiter Geld, hat es alle Welt! Das gilt auch heute noch. Das Geld, das der Arbeiter in die Hände bekommt, wird immer wieder der Wirtschaft zuzuführen, und diese wird dadurch gefunden. Woran tranken wir denn heute? Nur daran, daß nicht genügend Geld unter die Arbeiter kommt. Durch Arbeiterentlassungen retten die Unternehmer wohl ihre eigene Existenz, aber der gesamten Wirtschaft schaden sie, wie es ja aus Vorstehendem schon hervorgeht. Der Lohnabbau hat auch nur den Unternehmern, auf keinen Fall auch den Arbeitern oder auch der deutschen Wirtschaft Vorteile gebracht.

Die Arbeiter haben genug Opfer gebracht durch den Lohnabbau, der nichts gehesten hat und ein vollkommener Fehlschlag der Regierung Brüning gewesen ist. Man kehre jetzt um und verlange auf jeden Fall ein Opfer von den Unternehmern. Man verkürze die Arbeitszeit auf 40, 36 oder noch weniger Stunden mit vollem Lohnausgleich. Die Unternehmer, die das nicht ausfallen zu können glauben, die müssen eben „schlafen“ gehen. Bei den Arbeitern geht man ja täglich über Leichen (Kostlichermorde usw.). Die Regierung ist aber machtlos. Es wird nichts getan, um die Lage der Arbeiterklasse zu bessern. Will man denn die Arbeitslosen und deren Angehörige erst alle durch Selbstmord oder Hungertod sterben lassen? Durch Lohnabbau schmälert das Reich auch seinen Steuersäckel, was allerdings durch eine Krisensteuer wieder wettgemacht wurde. Die Reibtrugenden waren aber abermals die Arbeiter. Ich habe in diesem Jahr durch Beitragserrhöhung, Lohnabbau, Krisensteuer, Bürgersteuer usw. eine Mindereinnahme von monatlich etwa 20 M. gegenüber dem Vorjahr. Hatte ich im Vorjahr tatsächlich 20 M. monatlich im Überfluß? Nein! Denn ich habe ja nichts geparkt. Ich muß mich diesen Ausfall also vom Munde absparen. Im vorigen Jahr habe ich also für 240 M. Ware mehr gekauft als ich es in diesem Jahr kann. Allein für mich müßten für 240 M. weniger Waren erzeugt werden. Eine logische Folge sind Arbeiterentlassungen. Schon aus diesem Grunde muß man sich wehren gegen Arbeitszeitverkürzung mit auch nur dem geringsten Lohnabbau.

Nun noch ein paar Worte zum Einstellungszwang bei der Arbeitszeitverkürzung. „Einstellungszwang“ auf die Dauer kann es meines Erachtens nach gar nicht geben. Nach einigen Wochen kann der Unternehmer die „Zwangseinstellung“ doch immer wieder entlassen. Man kann doch keinen Unternehmer zwingen, Leute im Betrieb zu behalten, die er gar nicht braucht. Viele Betriebe warten direkt auf eine Arbeitszeitverkürzung. Es ist schon so wenig zu tun, daß die vorhandene Arbeit auch in 40 Stunden geschafft wird. In den Betrieben aber, wo das Personal

heute schon so reduziert wird, daß die Arbeit in 48 Stunden gerade geschafft wird, da wird man bei einer Arbeitszeitverkürzung eben Leute einstellen müssen. Dafür können doch dann die Kollegen im Betrieb schon sorgen, das geht ohne Einstellungszwang von oben herab. In diesen Betrieben würden die Zwangseinstellungen aller Voraussicht nach doch nur kurze Ausschüßstellungen innehaben.

Eine Arbeitszeitverkürzung allein und auf 40 Stunden (auch mit vollem Lohnausgleich) ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Aus dem Elend kommen wir damit noch lange nicht heraus! Über Arbeitszeitverkürzung mit auch nur dem geringsten Lohnabbau wird das Arbeitslosenelend vergrößern.

D. — W. Sch.

Die Grenze der Rationalisierung im Buchdruckgewerbe

Die Statistiken der Berufsvereinigungen berichten von der jährlich wachsenden Zahl der Maschinen; die wiederum von der Leistungsfähigkeit zugute kommenden größeren und kleineren Neuerungen, die an älteren Maschinen angebracht werden, können nicht gezählt werden. Der vor kurzem veranstaltete literarische Wettbewerb unseres Verbandes bringt Arbeitsberichte, die von dem unheilvollen Einfluß der Maschinenwelt und besonders der rationalen Betriebsführung zeugen. Es ist doch ein offenkundiger Widerspruch: in den Betrieben wird die menschliche Arbeitskraft immer stärker ausgenützt und außerhalb liegen die Arbeitskräfte brach. In Deutschland ist die Rationalisierung manchenorts so gründlich und unvernünftig vorgenommen worden, daß wir uns amerikanischer als die Amerikaner bezeichnen dürfen. In nicht minder starkem Maße hat sich auch das Buchdruckgewerbe dem allgemeinen rationalisierenden Zug der Zeit angeschlossen (es gibt Sechereibetriebe, die Kontrollhäuser eingeführt haben, um an Hand ihrer Uhren den genauen Zeitaufwand für jede einzelne Sagarbeit kontrollieren zu können).

Aber kann denn die Rationalisierung sich nicht auf andern Wege fortbewegen als auf dem abwegigen? Kontrollmaßnahmen, die vom Arbeiter jedes Vertrauens ausschließen, machen ihn mißtrauisch gegen das ganze System. Die Verteilung der Arbeiten nach dem alleinigen Gesichtspunkt der Spezialisierung ist ebenfalls abwegig. Freilich müssen die Arbeiten sachgemäß nach der Leistungsfähigkeit der Gehilfen verteilt werden; aber schließlich muß man auch die psychologische Wirkung beobachten, die die einseitige Arbeitsverteilung verursacht. Wer stets die gleiche Arbeit auszuführen hat, verlangt nach Abwechslung; wer wochenlang gefügt hat, möchte gern mal einige Stunden ablegen. Die Abwechslung macht ja das Arbeiten interessant, dadurch gewinnt der Arbeiter Arbeitsfreude, und das ist der beste Unterpfand für die Leistungsfähigkeit des Betriebs.

Es ist zu hoffen, daß die rechte Rationalisierung, d. h. jene, die sich, wie das Wort schon sagt, auf Vernunft begründet, erst beginnt, wenn sich die Betriebsleiter mehr aus den Frankleuten gruppieren und die Berufsfremden oder jene sich zurückziehen, die einige Semester hindurch Vorlesungen über Betriebswissenschaft gehört haben und sie nun in untätiger Weise im Betrieb verwerten wollen.

Mit der neuen rationalen Betriebsführung ist eine Erhöhung der Druckmaschinenqualität nicht einhergegangen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Grenze der Rationalisierung hinsichtlich Arbeitsteilung und Ausschaltung der menschlichen Arbeitkraft jetzt gezogen würde und eine Wende zur Qualitätssteigerung einträte. Die Herstellung von Qualitätsarbeit setzt aber voraus, daß dem Arbeitenden die dazu notwendige Zeit zugebilligt wird. Wenn schon gegen die Rationalisierungsbestrebungen an sich nichts eingewendet werden kann, da sie einfach zeitbedingend sind, so ist die Forderung nach Maßhaltung aber doch berechtigt.

S. St. N.

Korrespondenzen

Amorbach-Mittlerberg. Unser Ortsverein hielt anläßlich seines 10jährigen Bestehens im Gasthaus „Zum Schiff“ am 19. Juli eine gutbesuchte Festveranstaltung ab. Die Mitglieder waren vollständig mit ihren Angehörigen erschienen; auch von Maßfenburg war auf Einladung der Vorstand des Ortsvereins gekommen. Eingeleitet wurde der Abend durch eine Begrüßung des Vorsitzenden K a f f und einem Rückblick auf Entstehung, Werdegang und Zweck des Ortsvereins. Besonders wurde hierbei in ehrender Weise des leider verstorbenen Mitbegründers und Förderers, des Bezirksvorsitzenden Mag. Gerunwein (Maßfenburg), gedacht. Auch der Kollegen Restel und Hirsch wurde in dankbaren Worten gedacht, da beide den hiesigen Ortsverein ins Leben riefen. Der Vorsitzende des Ortsvereins Maßfenburg, F a r r e r, sprach in längeren Ausführungen vom kollegialen Leben und Zusammengehörigkeitsgefühl im Ortsverein, um sich dann über Ziele und Zweck des Verbandes auszulassen und was dieser in der Zeit seines 63jährigen Bestehens alles im Interesse seiner Mitglieder und der schwarzen Kunst leistete. Kollegialität und Solidarität waren stets ihm eilig, daher auch das Eintreten für seine Mitglieder in sozialer Hinsicht. Eine organisatorische Zusammengehörigkeit ist dabei bedingt. Eine Übergründung brachte die Maßfenburger infolge, als sie dem Geburtsort ab und unermüdet ein Tischbanner in den Buchdruckerfabriken widmeten. Der Vorstand übernahm das Tischbanner und verhängte im Namen des Ortsvereins, dem Verband stets die Treue zu wahren, und wenn auch schwere Zeiten über uns kommen, werden wir das Banner nicht verlassen. Nun kam die Fideleität zu ihrem Rechte. Die Hauskapelle und schöne Wieder der Kunst brachten Stimmung, nicht minder auch ein mit Ironie und Humor gepaarter Vortrag, auf die einzelnen Anwesenden abgeteilt, des Kollegen G r

b a h e r. So vergah man im trauten Kreise auf einige Stunden die Sorgen des Alltags und Hölle der Zeit. In vorgerückter Stunde schied man mit dem Wunsche, daß dem Ortsverein eine gute Zukunft, wie der schwarzen Kunst selbst, beschieden sein möge.

Detmold. In unsrer V e r s a m m l u n g am 26. Juli gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten unsres verstorbenen Kollegen Ernst Spigler. Unter „Mitteilungen“ gab der Vorsitzende bekannt, daß die vom Sachauschuß an unsre Organisation übertragene Klage beim Tarifschiedsgericht gegen die Buchdruckerei Wagner in Lemgo wegen eines zuviel eingestellten dritten Lehrkings zu unsern Gunsten entschieden sei und der Lehrling wieder zur Entlassung kommen müsse. Sodann folgte ein Vortrag des Herrn Dr. G ö n e (Detmold): „Wirtschaftspolitische Fragen der Gegenwart“. Redner schilderte die Ursache der augenblicklichen Deflations- oder Weltkrise, die plötzlich mit Macht über Deutschland hereingebrochen sei. Auch mit der damaligen Deutse der Regierung Brüning, „Lohn-, Gehalts- und Preisabbau“ lie die Katastrophe nicht aufzufassen gewesen. Der feigenen Produktionskraft der Nachkriegsjahre stellte Redner das Anwachsen der Arbeitslosigkeit gegenüber, ein Beweis dafür, daß das Exempel der Unternehmer falsch sei, um durch Lohnsenkung aus dieser Krise herauszukommen. Über das Zustandekommen des Hoover-Feierjahrs und die Reparationen hörten wir beachtliche Ausführungen. Als Ausweg aus dieser Krise könne es nur den Weg der ehelichen Bestätigung mit dem Ausland geben, wie ihn auch die Gewerkschaften immer wieder vorschlagen. Von einzelnen Kreisen wurde heute behauptet, der Marxismus sei schuld an der Krise, demgegenüber müßte aber festgestellt werden, daß Deutschland stets eine rein privatkapitalistische Wirtschaft gehabt hätte. Der Vorsitzende schloß die zahlreich besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation.

Gleiwitz (O.-S.). Unse r a u ß e r o r d e n t l i c h e G e n e r a l v e r s a m m l u n g am 26. Juli war verhältnismäßig gut besucht. Nach Verlesung des letzten Protokolls und der Bewegungstatistik gab Kassierer W i l l e r einen Überblick in Kasienangelegenheiten und erfaßte Bericht über eingegangene Extrabeiträge vom zweiten Quartal. Die Einziehung der Extrabeiträge, die anfänglich auf Widerspruch bei einzelnen Kollegen gestoßen war, vollzieht sich jetzt reibungslos, wenn es auch noch jetzt in der Krisenzeit Kollegen gibt, die noch immer notorische Reaktanten sind. Die für den durch Tod ausgechiedenen ersten Vorsitzenden Kramer getätigte Wahl ergab, wie erwartet, einstimmig die Wahl des Kollegen M u s c h i o l zum ersten Vorsitzenden. Kollege K e m p wurde Lehrlingsleiter. Der Punkt: „Berufliches und Organisationswesen“, wurde durch Vorsitzenden M u s c h i o l eingehend erläutert. Die sich hieraus ergebende Ausdrucksform nahm erregte Formen an. Bei Einführung der 40-Stunden-Woche, die, wie der Vorsitzende betonte, bestimmt soll, falls auf alle Fälle Lohnausgleich und Einstellungszwang gefordert werden, sonst ist der Zweck verfehlt. Aus der Preisentung ist nur ein Lohnraub an der Arbeiterschaft geworden. Als hierauf von einzelnen Kollegen an Hand des Gauderichts die Gehälter und Spesen bei Reisen der Funktionäre im Gau oder Bezirk stark unter die Lupe genommen wurden, erhoben sich starke Protestrufe um einen Abbau. Der Vorsitzende wurde beauftragt, eine dementsprechende Resolution an den Gau zu senden. Parteipolitische Anpassungen wurden zurückgewiesen und zur Einigkeit und Einheitsfront innerhalb der Gewerkschaften aufgefordert. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Köln (Korrespondenz). In der V e r s a m m l u n g vom 25. Juli hand wiederum ein sehr zeitgemäßer Vortrag auf der Tagesordnung. Der Journalist H a n s H ä r sprach in fesselnder Weise über „Das Feierjahr und die deutsche Wirtschaftslage“. Leider war der Abend nicht so besucht, wie es die Ausführungen des Vortragenden verdient hätten. Gerade diese Krisenzeit sollte denn einzelnen auf dem Wollen finden; es zeigt sich immer wieder, daß 99 Prozent der Bevölkerung gänzlich unvorbereitet an die täglich neu auftauchenden bankrottischen und volkswirtschaftlichen Fragen herantreten. Der Redner erläuterte den Unterschied von Inflation und Deflation. In der Inflationszeit wird eine gewaltige Vermehrung der Zahlungsmittel vorgenommen (Notendruck); in der Deflationszeit — in der wir jetzt leben — macht sich dagegen eine Verknappung der Zahlungsmittel bemerkbar. Daß in Deutschland eine genügende Golddeckung vorhanden ist, zeige der Vergleich mit den andern Ländern. Während die Deckung im allgemeinen 33 Proz. beträgt, haben wir in Deutschland eine solche von 40 Proz. Wir leiden an einem Wirtschaftshand und leben von der Substanz. Die ganze Entwicklung ist eine unmittelbare Folge der Wahlen vom September des Jahres 1930. Seit der Zeit hat das Ausland kein Vertrauen mehr zu Deutschland, selbst die deutschen Kapitalisten nicht. Aber sechs Milliarden sind allein im letzten halben Jahr nach der Schweiz „abgewandert“. Der Vortragende sah in diesen finanziellen Zupfungen Verfallserscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft. Vielleicht sind nicht einmal die vorgeschätzten Reparationen, sondern die anarchischen volkswirtschaftlichen Zustände in allen großen Industrieländern das Grundübel unsrer Zeit. Für die Deutschen kommt hinzu, daß sie kein Geschäft bestreiten, sich mit den andern Nationen zu verhalten; sie sind leider mit der Gabe ausgestattet, die andern vor den Kopf zu stoßen. Das gilt besonders Frankreich gegenüber. Es stimme besonders bedenklich, daß in den links- und rechtsgerichteten Zeitungen Frankreichs immer wieder die Frage des deutschen Militarismus aufsteige und „Sicherheits“ verlangt werde. Der deutsche Arbeiter erhofft alles von England und Amerika; aber es gibt nur eine Hoffnung: Werfänderung mit Frankreich. Um den französischen Standpunkt verstehen zu können, muß man wissen, daß Frankreich an Reparationen 1,1 Milliarden erhält, davon aber 900 Millionen an Amerika weitergibt, also eigentlich nur 200 Millionen bekommt. Dann beunruhigt Frankreich die auf jeden neuen Vertrag folgende Zahlungsunfähigkeit Deutschlands; Versailles, Dawes, Youngplan und das Hooverische Feierjahr. Auch darf man das bevölkerungspolitische und das Geburtenproblem nicht vergessen. Die in Deutschland immer noch wachsende Geburtenzahl macht Frankreich beständig Sorge. Zur Abwanderung der Devisen übergehend, meinte der Redner, daß hier leider viel zu spät gegrieffen wurde, um der Verdrängung noch wirksam begegnen zu können. Auf den verschiedensten Seiten macht sich die Unzufriedenheit mit Dr. Luthers Luft. Es wird gesagt, daß er seiner Stellung nicht gewachsen sei, sein Rücktritt wurde gefordert. Seit der

Zahlungseinstellung der Danabank, für deren Verpflichtungen das Reich die Bürgschaft übernahm, ist der Ruf nach Reichsbürgschaft nicht mehr verflummt. Man spricht sogar von der Verstaatlichung der Dresdner Bank. Die sozialistischen Tendenzen machen sich allerdings nur da geltend, wo es sich um -Passiven handelt, sonst will man vom Staat nichts wissen. Zum Schluß ging der Kneber noch kurz auf das Sommerliche Feiertage ein und stellte die große Geste des amerikanischen Präsidenten als ein geschicktes Wahlmanöver dar; denn im nächsten Jahr sei in Amerika die Präsidentenwahl. Der Plan entwirft eigentlich rein egoistischen Gründen: dem Interesse Amerikas an seinem in Deutschland angelegten Geld und damit Festigung der jetzigen Politik Amerikas als bester Grundlage zur Wiederwahl des Präsidenten. Darüber können auch keine schönen Reden hinwegtäuschen. Der Schlüssel zur Lage ist Paris. Nur eine Verständigung mit Frankreich kann die Bahn freimachen für eine weitere, ungehemmte Entwicklung, für einen neuen Aufstieg Deutschlands.

Königsberg. In der außerordentlichen Generalversammlung am 26. Juli wurde in ehrender Weise des verstorbenen Kollegen Otto Kreuzberger gedacht. Dann machte der Vorsitzende bekannt, daß sich am Orte ein Vereinchen kleiner bis mittlerer Druckerbesitzer gebildet habe. In der Geburtsanzeige wurde extra betont, daß es keine Spitze gegen den DVB sein soll - uns will aber scheinen, als wenn die „großen Löwen“ die Kleinen doch nicht richtig betreuen können. Das neue Gebilde trachtet auch nach einer Vertretung in der Handwerkersammer; diesem Wunsch könnte man von unserm Standpunkt beitreten, wenn diese Vertretung den reaktionären Kurs in der Handwerkersammer etwas beeinflussen würde. Die neuen Lehrstellenbestimmungen im Buchdruckgewerbe, welche nun bald ein Jahr bestehen, hat die Preussische Handwerkersammer noch nicht zur Anerkennung bringen können. Die Mitteilung über die Verlängerung des Lohnabbaus scheint nun auch nicht mehr das allein helfende Mittel für Deutschlands Wiederaufstieg zu sein, wie die Kapitalisten immer behauptet haben. Dann mußte man sich wieder etwas mit dem Halbjuden RGD-Deuten beschäftigen, die in ihrem Bau „Graphische Werkstätten“ in gemeiner Weise gegen unsre Verbandskollegen vorgehen und besonders vor persönlichen Berührungspunkten der Vorstandsmitglieder nicht zurückstehen, um dadurch ihre Schandtaten gegen die Gewerkschaftsbewegung zu verdeutlichen. Sechs langbeschäftigte Familienmitglieder haben die Ober-RGD-Genossen rücksichtslos auf die Straße geschickt - nicht genug damit, mehrere davon hat man der Weidwunde demüht, wodurch diese Kollegen wirtschaftlich schwer geschädigt wurden. Diese Taten werden von dem RGD-Betriebsrat in jedem Fall geahndet! Unter den Entlassenen sind RGD-Mitglieder, die schon für diese Partei witten, als die jetzigen Ober-RGD-Deute sich noch als Weidgardisten und ähnliches betätigen. Natürlich sind jetzt alle Mitglieder, welche den gewerkschaftlichen Standpunkt hochhielten, aus der RGD wegen „schwerer Parteischädigung“ ausgeschlossen worden. Dies ist wieder eine kleine Auslese aus dem Reich der RGD. Zur letzten Notverordnung wurde folgende Entschliebung angenommen: „Die außerordentliche Generalversammlung der Königsberger Buchdrucker erhebt schärfsten Protest gegen diese Notverordnung, weil sie neben dem unerbittlichen sozialistischen Willkür einschneidende Maßnahmen gegen gewerkschaftliche Einrichtungen enthält. Die Verammlung erwartet vom Verbandsvorstand, daß er Stellung hierzu nimmt, um diese Notverordnung mit den schärfsten Waffen des Proletariats zu Fall zu bringen.“ (Was inzwischen geschehen ist, Red.) In den jetzt täglichen Zeitungsverboten nahm die Verammlung folgende Entschliebung an: „Die heutige Generalversammlung der Königsberger Buchdrucker spricht sich gegen jedes Zeitungsverbot in der jetzigen Form aus, weil durch diese Verbote in der Hauptache die graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen geschädigt werden. Nur die Hauptkollektiven in der Redaktion sind voll und ganz zur Verantwortung zu ziehen.“ Diese Entschliebung wurde von dem Oberpräsidenten übermittelt, weil durch sein letztes Verbot der „Vreussischen Zeitung“ 20 Buchdrucker und eine Anzahl Hilfspersonal wirtschaftlich geschädigt werden. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, „Weiterzahlung des Ertragsbeitrags für Unterstützung ausgeleiteter Arbeiter“ bekräftigten die Königsberger Buchdrucker in vollem Maße ihre Solidarität mit ihren arbeitslosen Kollegen. Gegen zwei Stimmen (über 100 Arbeitslose stimmten nicht mit) wurde die Weiterzahlung beschlossen.

Münchener-Bücherei. Die berechtigte Erregung der Arbeiterschaft über die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der letzten Zeit, die von den Rechts- und Linksradikalen für ihre Zwecke ausgenutzt werden, ergab für den Graphischen Kartell die Notwendigkeit, hierüber Aufklärung aus berufener Munde zu verschaffen. In einer am 18. Juli in der „Rosenau“ abgehaltenen allgemeinen Versammlung führte nach den einleitenden Worten des Kollegen Schmitt vom Verband der Lithographen und Steindruckere die als Referentin erschienene Reichstagsabgeordnete Toni Pflüß ungefähr folgendes aus: 75 Proz. des deutschen Volkes haben proletarische Interessen, und trotz aller ersten Mahnungen in Wort und Schrift kam bei den Septemberwahlen ein Reichstag zustande, der 107 Nazis zählte. Vertreter einer Partei, deren Gedächtnis herbeizuerufen Großkapitalisten sind, wie der Fall Kubus uns zeigt. Im übrigen zeigen alle bürgerlichen Parteien eine Rechtsentwicklung. Die diesen politischen Parteien sind ein Unglück, in Wirklichkeit sind es doch nur zwei Klassen: Arbeiterschaft und Bürgertum. Die politischen Auseinandersetzungen sind in Wirklichkeit Kämpfe um wirtschaftliche Fragen. Die sozialistischen Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag konnten wegen ihrer zahllosen Schwäche die Härten der Notverordnung nicht bekämpfen, sondern nur mildern. Der Grundlag von gleichen Leistungen und Gegenleistungen, wie er auch im privaten Versicherungsverwesen gilt, muß auch in der Sozialpolitik oberstes Gesetz sein. Es ist ein Verdienst unserer politischen Vertretung im Reichstag, daß die Augenblicke unter 21 Jahren wieder in die Arbeitslosenversicherung hineingenommen wurden. Der Zweck der Notverordnung war die Ordnung der Reichsfinanzen, von denen ein Betrag von 100 Millionen ungedeckt war. Wir haben uns die Deckung anderer vorgeschlagen, es sollten die Augenblicke beteiligt werden. Das Projekt des amerikanischen Präsidenten Hoover, das wir wieder über noch unerschöpfen, war schon in Vorbereitung. Es bedeutete ein gewisses Wachstum, da man schon vor dem Chaos stand. Nur bei den

Arbeitern und Kriegsbeschädigten fand man den Mut zum Abbau. Es ist dies so ähnlich, als wenn die Trolle von unten nach oben gefehrt wird. Wir haben auch volles Verständnis für die Note der Heimarbeit. Die Ausstellung des Sozialwissenschaftlichen Instituts zeigte uns im Jahre 1925 noch Stundenlöhne von 3 bis 4 Pf. bei einer Arbeitszeit bis zu 18 Stunden. Es wurde auch die Hinanführung der pfändungsreifen Grenze für die Unterhaltungs-emfänger erreicht sowie die Verpflichtung Brühlings auf Abbau der hohen Pensionen. Auch den Kriegsoffizieren wurde die Rente um 4 bis 14 Proz. gekürzt. Es ist mehr wie Gemeinheit, wenn ein Nazibeamteter erklärte, daß die Kriegsbeschädigten den „Freitod“ für das Vaterland als leichtes Opfer bringen sollten. Wir haben die Auffassung, daß Schwerbeschädigte, denen man eine auskömmliche Rente geben soll, überhaupt nicht in die Betriebe gehören. Der Geist der Notverordnung ist es, der die große Erregung hervorruft. Das schwarze Schaf der Sozialversicherung wurde als die Ursache allen Übels hingestellt. Die Stellung der Kommunisten zur Arbeitslosenversicherung wurde als die Ursache aller Revolutionen dargestellt. Die Sozialversicherung das Opium für die revolutionären Energien der Arbeiterschaft darstellte. Wir hatten auch in der Vorkriegszeit Wirtschaftskrisen durchgemacht, doch waren sie nicht von diesem Umfang und von einer so langen Dauer. Demals gab es noch keine staatliche Hilfe für die Arbeitslosen, sondern nur die gewerkschaftliche Unterstützung. Eine Reservearmee von Arbeitslosen drückte in Zeiten der Tariflosigkeit den Lohn bis auf das Existenzminimum. Es ist nicht der Sozialismus der Zukunft, mit dem wir uns jetzt befassen haben, sondern die Augenbildergewinnung von Frauen und Kinder haben wir zu lindern. Die Auswirkungen des Vorkriegs, des Zusammenbruchs der Nordsee, der Danabank usw. treffen in erster Linie den kleinen Mann, den Arbeiter und Angestellten. Es sei für jeden ein innerer Schwur, dafür zu sorgen, daß durch die Stärkung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie Deutschland vor dem Chaos bewahrt werde. Lassen wir uns nicht durch Phrasen von Rechts und Links betrunken machen. In einer Zeit guten Weltanschauung werden wir das Verlorene wieder zurückerobern! Damit schloß Toni Pflüß ihre mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In seinem Schlusswort mahnte der Vorsitzende, den Gemeinschaftsgeist, wie er in den graphischen Verbänden besteht, nicht erschüttern zu lassen.

Stuttgart. In unserm Bericht in Nr. 60 ist im Zusammenhang mit der kommunistischen Minorität in den Kaufmannsgewerkschaften neben Halle auch der Ort Gera genannt. Es sei hiermit richtiggestellt, daß es an Stelle von Gera G o t h a heißen muß.

Allgemeine Rundschau

Sprachkurse. Anfang September 1931 beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfangskurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch, Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichmäßig beginnt ein Kursus „Kritisches Vokabular“. Dieser Kursus wird behandelt: „Kritik und Kritik“, „Kritik in der Rechtsprechung“, „Sprachlehre und Sprachgeschichte“, Fremdwörter, „mit“ oder „nicht“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Bedingung der Aufnahmen wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Pf. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kurzen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin N 54, Kolonnenstraße 13 (nahe S-Bahn Werke und U-Bahn Weimertstraße). Das Schulbüro ist werktäglich von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet, außer Sonnabends.

Funkausstellung und Phonojahr 1931. Vom 21. bis 30. August findet in den sechs Ausstellungshallen rund um den Funkturm die Große Deutsche Funkausstellung und Phonojahr Berlin 1931 statt. Es wird von über 300 Ausstellern besichtigt und kann als Europas größte Funkausstellung der elektro-akustischen Industrien angesehen werden. Die Tonfilmindustrie beteiligt sich in beachtenswerter Weise. Interessante Sonderausstellungen und Vorführungen, insbesondere der Deutschen Reichspost, der Reichsrundfunkgesellschaft usw., sowie eine Sonderausstellung für Hörschulmittel zeigen den Stand und die neuesten Forschungsergebnisse des Funkwesens, insbesondere auch auf dem Gebiet des Fernsehens. In der Phonojahr steht man den Werdegang der Schallplatte und deren Bedeutung auf allen Gebieten. Eine besondere Veranstaltung ist das Phono-M Marionetten-Theater „Tönende Marionetten“. Das Tonfilm-Institut ist vertreten durch ein Klangfilm-Lobstheater. Nirgends in der Welt wird dem Interessenten im Rahmen einer die eng verbundenen Wirtschaftszweige der Funk-, Phono- und Tonfilmindustrien umfassenden Tagungsaussstellung eine auch nur ähnliche Orientierungsmöglichkeit am gleichen Ort und zu gleicher Zeit geboten, wie in den Tagen vom 21. bis 30. August in den Hallen rund um den Funkturm.

Bücherei und Archiv der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft in Berlin. Diese Gesellschaft gestattet allen am Rundfunk Interessierten die Benutzung ihrer Bücherei und ihres Archivs unentgeltlich. Ein geräumiger Lesesaal steht den Besuchern an Wochentagen von 9 bis 16 Uhr (Sonnabends von 9 bis 12 Uhr) offen. Die Bücherei umfaßt mehrere tausend Bände von Schriften über den Rundfunk, seine Technik, Funkrecht usw. Das Archiv verfügt über etwa 200 in- und ausländische Zeitschriften der entsprechenden Gebiete. Ferner ist eine Sammlung der Funkgesetze von etwa 50 Staaten vorhanden. Ein der Besichtigung angelegentliches Zeitungsarchiv enthält rund 1000 Abhandlungen über den Rundfunk aus deutschen und fremdsprachigen Tageszeitungen von der Zeit der ersten Anfänge des Rundfunks bis zur Gegenwart.

Bücher-austausch mit dem Ausland. Der Bücher-austausch kann als Brücke der kulturellen Beziehungen der Sowjetunion mit dem Ausland gelten. Dieser Austausch vollzieht sich auf Grund eines Wechsels von Korrespondenten, das sich auf zahlreiche wissenschaftliche Institute und einzelne Gelehrte des Auslandes und der Sowjetunion erstreckt. 1925 zählte man 118 ausländische Korrespondenten, 1931 waren es bereits 4007. Der Bücher-austausch hat insgesamt bereits mehr als eine Million Ausgaben vermittelt. Besonders zahlreich sind die ausländischen technischen und landwirtschaftlichen Werte, die der Sowjetunion auf diese Weise zugehen.

Maternverband in Sowjetrußland. Die seit etwa einem Monat betriebene, von uns in Nr. 52 mitgeteilte Versendung der Matern der „Brawda“, des Zentralorgans der kommunistischen Partei, durch Flugzeuge in eine Reihe von Großstädten, hat bisher nur teilweisen Erfolg zu verzeichnen. In Leningrad und in Charkow kommen die Sendungen in der Regel rechtzeitig an und der Druck der Zeitung kann so schnell in Angriff genommen werden, daß die „Brawda“ in diesen und in einer Reihe anderer Städte ungefähr zur gleichen Zeit wie in Moskau erscheint. Dagegen treffen die Flugzeuge in entfernteren Städten meist mit Verspätung ein. Unfälle ereignen sich auch recht häufig, und immer wieder muß die Eisenbahn zur Weiterbeförderung in Anspruch genommen werden. Immerhin hat die Aufgabe der „Brawda“ infolge der Matern-Verbindung am 1. August über 2,1 Millionen Exemplare erreicht.

Weltkongreß der Arbeitersperantisten. Anfang August fand in Amsterdam der 11. Kongreß von „Sennacica Associa Tutmonda“, der internationalen Organisation der proletarischen Sperantisten, statt. Über 400 Teilnehmer aus der ganzen Welt waren versammelt. „Het Volk“, das Organ der niederländischen Sozialdemokratie, stellte fest, daß Esperanto eine „lebende“ Sprache sei, die dem Kongreß eine rege, zum Teil erregte Diskussion ermöglichte, die man auf internationalen Kongressen sonst vergeblich sucht. Der Kongreß stand im Zeichen der Spaltung. Die Kommunisten, die seit längerer Zeit schon die Organisation zu unterwerfen versuchten, wollten zum Hauptsitz nach Moskau, die augenblickliche Leitung (Wank, Paris) stützen und eine neue kommunistische Leitung einsehen. Trotz monatelanger Hektarbeit und der üblichen Beschimpfung der leitenden Genossen als Sozialfaschisten gelang ihnen das nicht. Von 145 stimmberechtigten Teilnehmern stimmten nur 38 für die Opposition, 106 für die bisherige Leitung. Damit ist die Opposition in der Internationale der Arbeitersperantisten erledigt. Sie verließ bereits am zweiten Verhandlungstag das Lokal und trat zur Gründung eines eignen Ladens zusammen, deren finanzieller Grundlage gefehlt sein dürfte, da die Sperantisten Sowjetrußlands der „Sennacica Associa Tutmonda“ die Summe von 15 000 W. schulden.

Die Flüssigkeit der Arbeiterbank. Die Schwierigkeiten der Finanzinstitute sind überhanden. Sowohl die Banken als auch die Sparkassen haben wieder ihre Schalter geschlossen und zahlen voll aus. Die Arbeiterbank kann aus diesem Bankenkrieg ruhmvoll hervorgehen. Sie hat am Tage des Bankenturms, am 13. Juli, voll ausgezahlt und wäre auch weiterhin ihren Verpflichtungen nachgekommen, wenn sie durch die Notverordnung nicht daran gehindert gewesen wäre. In einer Konferenz der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre führte kürzlich der Direktor der Arbeiterbank, Dr. Wagem, aus, daß die Arbeiterbank nach wie vor ihre Gelber so angelegt habe, daß sie zum größten Teil sofort greifbar seien. Die Schwierigkeiten der Privatbanken lägen daran, daß diese so aufgezogenen große Kredite kurzfristig aus dem Ausland herbeizugewinnen hätten. Die Arbeiterbank sei niemals in die Verlegenheit gekommen, vom Ausland Geld borgen zu müssen. Es liegt in der Natur der Arbeiterbank, daß sie stets auf die höchste Liquidität setzen müsse. Deshalb sei es auch kein Zufall gewesen, daß sie am 13. Juli voll ausgezahlt konnte.

Die Staatskontrolle der Banken. Die Vorläufe bei nachgehenden Großbanken in Deutschland und Österreich haben den Blick ganz allgemein auf die Institute des Finanzkapitals gerichtet. Der Staat mußte in diesen beiden Ländern mit namhaften Summen eingreifen und die in Schwierigkeiten geratenen Institute durch Subventionen stützen. In anderen Ländern ist dies bereits ebenfalls geschehen. Wir erinnern an die Verstaatlichung der Bank of United States in New York, die Ende 1930 in Schwierigkeiten geraten war. Wenn die Allgemeinheit berufen sein soll, im Falle einer Pletze einzuspringen, dann muß es auch dem Staate möglich sein, einen Einfluß auf die betreffenden Institute der Wirtschaft auszuüben. Dies scheint die deutsche Regierung eingesehen zu haben. Erklärt doch der Reichstanzler Dr. Brüning in der Rundfunkrede, die er vor der Kammer hielt: „Nachdem einmal der Staat aufdringendes Erziehen der Beteiligten sich rettend und schützend auf diesem Gebiet hat einschalten müssen, kann er sich nicht der Pflicht entziehen, auch Maßnahmen vorzubehaltender Art für die Zukunft zu treffen, wie es andere Völker längst getan haben.“ Man muß in diesen Worten ein Versprechen erbilden und dringend wünschen, daß dieses Versprechen auch erfüllt wird. Hervorzuheben aus diesem Htat aus der Rede Brüning sind die Worte: „auf dringendes Erziehen der Beteiligten“. Dies man nämlich die rechts ergabte großkapitalistische Presse, so muß es scheinen, als hätte sich der Staat ohne zwingenden Grund in das System der Banken eingeschaltet. Dem ist aber nicht so. Die deutsche Reichsregierung hat bei dem Fall der Darmstädter und Nationalbank den Einlegern das Versprechen gegeben, die Einlagen zu schützen. Das Reich hat sich bereit erklärt, der Industrie fünf Jahre hindurch ein Aktienpaket in Höhe von 35 Millionen Mark zu 125 Proz. eingezahlt zu bevorzugen. Die Hilfestellung des Reiches bei der Dresdner Bank hat sich in einem noch viel stärkeren Maße bemerkbar gemacht. Als dieses Bankinstitut zu klagen drohte, griff das Reich sofort ein mit dem Versprechen, 300 Millionen Vorzugsaktien zu übernehmen. Die Schröderbank in Bremen ist ebenfalls wieder neu errichtet worden unter dem Namen Norddeutsche Vereinsbank AG. Auch dort ist die Mehrheit des Aktienkapitals des neuen Instituts von dem Staat Bremen und dem Reich übernommen. In Sachsen erfolgte eine Fusion zwischen der Sächsischen Staatsbank und der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt, ebenfalls unter maßgebendem Einfluß des sächsischen Staates. Wenn man berücksichtigt, daß das Reich in der Reichs-Rundfunkgesellschaft, der Staat Preußen in der Preussischen Staatsbank usw. mitbitt die öffentliche Hand im Bankwesen bereits harte Positionen bezieht, so ergibt sich aus alledem, daß die Staatskontrolle der Banken notwendig und berechtigt ist.

30 Jahre Internationaler Gewerkschaftsbund. Inmitten der schwersten Wirtschaftskrise kam der Internationale Gewerkschaftsbund am 21. August auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückzuführen, welche Tatsache Zeugnis davon ablegt, daß die Gewerkschaftsbewegung im nationalen und internationalen Rahmen von unerschütterlicher Festigkeit ist. Daran haben wieder wirtschaftliche Erschütterungen nach die Kämpfe ihrer Gegner etwas ändern können, und ihr Verhalten gerade in der gegenwärtigen Erschütterung des weltwirtschaftlichen Gebäudes gibt die beste Gewähr dafür, daß die Gewerkschaftsbewegung alle zeitlichen Bedrängnisse

